

Spanien, Katalonien und die Nationalismuskritik

Prof. Dr. Hans-Ingo Radatz

Bamberg, 14. Oktober 2019, Erstveröffentlichung auf der Website von Peira – Gesellschaft für Politisches Wagnis e.V.

In Katalonien wünscht eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung die Anerkennung einer katalanischen Nation und die feste Etablierung des Katalanischen als verbindliche Kultur- und Verwaltungssprache für die Region. Trotz massiver Drohungen durch den spanischen Staat ist nahezu die Hälfte der Wahlberechtigten bereit, diese Forderungen notfalls auch durch eine Loslösung von Spanien durchzusetzen. In Deutschland stoßen diese Forderungen auf wenig Verständnis, da man in ihnen vor allem den Ausdruck einer gefährlichen und verachtenswürdigen politischen Ideologie sieht: des Nationalismus. Dabei wird übersehen, dass die katalanischen Forderungen nicht zuletzt auch die erschöpfte und verzweifelte Reaktion auf einen tief verwurzelten spanischen Staatsnationalismus sind, der, im Sinne von Michael Billigs *banal nationalism*, im Verborgenen wirkt und im Ausland praktisch nicht thematisiert wird.

Für ein paar kurze Wochen im Oktober 2017 erschien der Katalonienkonflikt auf der ganzen Welt in den Nachrichten, um kurz darauf auch schon wieder daraus zu verschwinden. Das Problem war scheinbar gelöst worden, indem man der Region unter Berufung auf Artikel 155 der spanischen Verfassung ihre Autonomie entzog, die gewählte katalanische Regierung entmachtete und die „Aufrührer“ verhaftete. Das politische Problem war so zu einem juristischen geworden.

Zwar konnten deutsche, belgische und britische Gerichte im Zusammenhang mit Auslieferungsersuchen keine Anzeichen dafür erkennen, dass die geflohenen Politiker tatsächlich den gewaltsamen Umsturzversuch unternommen hätten, dessen sie nun angeklagt wurden. Zwar hat der Strafrechtler Diego López Garrido, der den zugrundeliegenden Artikel 472 des spanischen Strafgesetzbuchs zum Straftatbestand der *rebelión* im Rahmen der Strafrechtsreform von 1995 persönlich verfasst hatte, wiederholt öffentlich geäußert, dass die Ereignisse in Katalonien dessen Anwendung zweifelsfrei nicht rechtfertigen. Zwar kommt die Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen des UN-Menschenrechtsrat in mehreren Erklärungen zu dem Ergebnis, dass die Inhaftierung der katalanischen Politiker willkürlich erfolgt sei, gegen zahlreiche internationale Abkommen verstoße und unverzüglich unter Zahlung angemessener Entschädigungen beendet werden müsse. Doch diese Nachwehen der dramatischen Ereignisse des Oktober 2017 sind bereits wieder unterhalb der Wahrnehmungsschwelle der öffentlichen Aufmerksamkeit gerutscht.

Der Katalonienkonflikt wurde in Deutschland während der heißen Phase mit einer

Mischung aus Verständnislosigkeit und Entrüstung verfolgt – und mit Interesse lediglich deswegen, weil es sich angesichts der tagesaktuellen Ereignisse nicht vermeiden ließ. Denn während es bei vielen anderen Konflikten eine Wohlgefühlposition gibt, mit der man sich identifizieren kann (gegen Trump, gegen Brexit), sind für das deutsche Publikum im Katalonienkonflikt beide Seiten eher peinlich: die katalanische Seite wegen ihrer augenscheinlich irrationalen Forderungen, die spanische wegen ihrer mangelnden Dialogbereitschaft und der Polizeigewalt. Ein solches Thema behandelt man nur solange, wie man muss.

Die katalanischen Bestrebungen wurden gesehen als ein nationalistisch-populistisches Zurück in die “Kleinstaaterei”, das sich in jedem Fall aus unlauteren Motiven zu speisen schien – wenn auch nicht ganz klar wurde, welche dies genau waren. Als niedere Beweggründe für die unverständlichen Unabhängigkeitsbestrebungen sind unter anderem “antieuropäische Gesinnung”, “fehlende Solidarität mit Restspanien”, “nationalistisches Delirium” und ein “Ablenkungsmanöver von seiten korrupter Politiker” angeboten worden. “Diesseits der Pyrenäen ist der nationalistische Furor schwer zu verstehen”, schreibt Birgit Aschmann in einem eindrucksvoll kenntnisreichen Artikel in der FAZ vom 18.12.2015, in dem sie einen wichtigen Beitrag dazu leistet, auch die katalanische Seite zu verstehen.

Wie in allen ideologischen Konflikten gibt es schließlich auch hier mindestens zwei Standpunkte und Diskurse. Der eine dieser beiden Diskurse findet von Madrid aus in spanischer Sprache statt und wird von unseren Massenmedien oft ungefiltert nach Deutschland gemeldet; der Gegendiskurs dagegen ist in Barcelona lokalisiert, findet vor allem in katalanischer Sprache statt und erreicht außerhalb Kataloniens fast niemanden; selbst die Spanier wissen davon so gut wie nichts. Keiner von beiden ist inhärent unmoralisch oder unbeachtlich, aber in deutschen Medien spiegelt sich dennoch fast ausschließlich die Madrider Sichtweise wider – oft vermischt mit schiefen Analogien (Bayern ...). Madrid tritt dabei als die Hauptstadt eines seriösen National- und Rechtsstaats auf, während Barcelona oft wie die Fluchtburg fanatischer Nationalisten erscheint. Es erscheint selbstverständlich, dass es ausreicht, aus Madrid zu berichten. Geht es um die spanische Seite, ist die Rede vom “spanischen Ministerpräsidenten”; der genauso demokratisch gewählte katalanische Ministerpräsident wird dagegen nicht selten als “Separatistenführer” bezeichnet. Wenn also deutsche Medien sich fast ausschließlich die Madrider Sichtweise zueigen machen, so ist das dem deutschen Publikum perfekt nachvollziehbar. Allerdings scheint es zugleich das Verständnis des Gesamtphänomens nicht eben zu befördern.

Ist Separatismus nationalistisch, irrational und unmoralisch; die Verteidigung der nationalen Integrität des Staates dagegen rational und unproblematisch?

Die insgesamt ablehnende Haltung gegenüber den katalanischen Bestrebungen ist Bestandteil eines mehrheitsfähigen Nationalismuskritischen Diskurses, der deswegen nicht explizit gemacht wird, weil er der gebildeten Öffentlichkeit als selbstverständlich gilt und allein durch das Thema der Unabhängigkeitsforderung evoziert wird. Eine Nation kann demzufolge nur ein Volk innerhalb staatlicher Grenzen sein und “Nationen ohne Staat” sind demgegenüber folglich keine Nationen, sondern “Unruheprovinzen”, insbesondere dann, wenn wir davon ausgehen können, dass die Staaten demokratisch regiert werden. Nach dieser Überzeugung ist Katalonien also höchstens eine “Region”, aber inhärent niemals eine Nation; Regionen ihrerseits sind aber naturgemäß eine interne Angelegenheit des betreffenden Staats. Und in keinem Fall unsere. Kurioserweise ist es also für unsere Nationalismuskritische Öffentlichkeit

eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns in solche internen Belange nicht einzumischen haben, weil die Souveränität von Nationalstaaten – also die Nation – eines der höchsten Rechtsgüter überhaupt ist. Der unverbrüchliche Respekt vor dem Nationalismus der Staaten ist ein zentrales Element des üblichen antinationalistischen Diskurses.

Insofern gibt es für uns auch kein genuines Katalonienproblem: Katalonien *ist* demnach essenziell und unabänderlich eine spanische Region und anderslautende Forderungen können daher nur als unseriös gelten. Nach dieser Sichtweise entsteht der Konflikt dadurch, dass Spanien in vernünftiger Weise den Rechtsstaat verteidigt, während katalanische Rebellen eine offensichtlich irrationale Position verteidigen. Diese selbstverständlichen Argumente muss man in deutschen Medien nicht ausformulieren; die begleitenden Leserbriefe übernehmen die Ausführung verlässlich: “Anachronismus, jetzt wo Europa zusammenwächst”, “korrupte Rattenfängerelite führt das katalanische Volk ins Unglück”, “Katala-Nazis wollen Spanien zerstören”, “Vorwand, um sich vor der Solidarität mit Andalusien zu drücken” ... Interessant an dieser liberal auftretenden Kritik ist allerdings, dass sie ausschließlich Unabhängigkeitsbewegungen betrifft, die ihr Ziel (noch) nicht erreicht haben. Ist der neue Staat erst einmal etabliert, verstummen sie sofort: aus Respekt vor der Souveränität des neuen Nationalstaats!

Die traumatischen Erinnerungen an die nationalistischen Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts führen in unserer gebildeten Öffentlichkeit zu heftigen Abwehreaktionen, wenn es darum geht, europäische Staatsgrenzen zu verändern. Diese Nationalismuskritik ist perfekt nachvollziehbar, besonnen und von pazifistischen Impulsen getragen. Leider greift sie dabei aber zu kurz, indem sie einen scharfen und schwer zu rechtfertigenden Unterschied zwischen zwei Arten von Nationalismus einführt, von denen der eine als verwerflich gilt, der andere aber entweder unsichtbar bleibt oder aber als harmlos angesehen wird.

Die etablierten Nationalstaaten erhalten dabei den Nimbus grundvernünftiger, ja nahezu naturgesetzlicher Notwendigkeiten; sie werden unantastbar und unhinterfragbar und ihr Nationalismus wird diskursiv zu einem harmlosen Patriotismus euphemisiert. Alle Bewegungen und Gruppierungen aber, die eine Veränderung dieses *status quo* anstreben, um ihrerseits einen eigenen Nationalstaat zu erringen, werden als gefährliche Brandstifter hingestellt, die den labilen Konsens der Staatsgrenzen in Frage stellen und so die Gefahr erneuter nationalistischer Kriege heraufbeschwören. Diese Gruppen werden in der öffentlichen Wahrnehmung als gefährliche “Nationalisten” gesehen. Das gilt umso mehr für den zentralspanischen Mehrheitsdiskurs, in dem der Ausdruck *nacionalistas* ausschließlich für die regionalistischen Autonomiebewegungen verwendet wird. Ein argumentativer Interessensabgleich zwischen den beiden Parteien solcher Konflikte erübrigt sich und der Begriff *nacionalistas* diskreditiert die nicht-staatliche Gruppe als nicht-satisfaktionsfähigen Gesprächspartner. Leider wird dadurch aber auch eine Verhandlungslösung unmöglich.

Der britische Soziologe Michael Billig hat 1995 in seinem Buch *Banal Nationalism*¹ überzeugend gezeigt, dass unser Diskurs über (und gegen) den Nationalismus von einer Wahrnehmungsstörung geprägt ist, die uns Nationalismus nur dort sehen lässt, wo nicht-staatliche Gruppen auf Veränderung drängen, nicht aber dort, wo der alltägliche, banale Nationalismus der etablierten Nationalstaaten am Werke ist:

¹ Billig, Michael. *Banal Nationalism*. London: Sage, 1995.

„... es gibt etwas Irreführendes an dieser geübten Verwendung des Wortes ‘Nationalismus’. Es scheint den Nationalismus immer an der Peripherie zu verorten. Separatisten sind oft in den äußeren Regionen von Staaten zu finden; die Extremisten lauern in etablierten Demokratien demnach vor allem an den Rändern des politischen Lebens, die von den vernünftigen Politikern der Mitte tunlichst gemieden werden. Die Widerstandskämpfer, die versuchen, ihre neuen Heimatländer zu etablieren, handeln unter Bedingungen, in denen bestehende Staatsstrukturen zusammengebrochen sind, typischerweise in einiger Entfernung von den etablierten Zentren des Westens. Aus der Perspektive von Paris, peripher am Rande Europas gelegen. All diese Faktoren zusammen machen den Nationalismus nicht nur zu einer exotischen, sondern auch zu einer peripheren Kraft. Folglich gelangt man in den etablierten Nationen – in den Zentren der Macht – zu der Sichtweise, den Nationalismus als etwas zu sehen, das nur andere, nicht aber ‘uns’ betrifft“.

Billig bezeichnet diesen unbemerkten Alltagsnationalismus als *banal nationalism*; von der Nationalismuskritik wird er höchstens am Rande wahrgenommen und kann in jedem Fall auf Milde hoffen. Wenn amerikanische Schulkinder jeden Morgen die Hand aufs Herz legen und der Nationalflagge in einer quasi-religiösen Zeremonie ihre Gefolgschaft schwören, ist das kein nationalistischer Exzess. Wenn dagegen ein katalanischer Kulturverein wie *Òmnium cultural* für eine flächendeckende gesellschaftliche Verwendung der eigenen Sprache eintritt, ist das z.B. für Herrn Ingendaay in seinem Artikel “Die Sprache der Blöden” (FAZ vom 13. Juni 2019) und die Mehrheit seiner Leser tendenziell bedenklich. Während der reivindikative Nationalismus nicht-staatlicher Akteure in westlichen Gesellschaften vehement zurückgewiesen wird, ist der eigene “banale” Nationalismus kein Thema.

Niemand würde es daher mehr wagen, das Kleinstaaterei-Argument auf Irland, Lettland, Norwegen oder Slowenien anzuwenden oder diese Staaten heute noch für ihren historischen Separatismus kritisieren.

Dass sie allesamt ihre staatliche Unabhängigkeit erst in jüngster Zeit durch eine völkerrechts- und verfassungswidrige Loslösung von Großbritannien, der Sowjetunion, Dänemark oder Jugoslawien erkämpft haben, ist vergeben und vergessen. Dabei macht es für die öffentliche Wahrnehmung offenbar keinen Unterschied, ob die Loslösung von einem diktatorischen Unrechtsstaat oder von einer parlamentarischen Demokratie erfolgte! Der Erfolg lässt jeden Makel der Illegalität oder des “nationalistischen Fanatismus” verschwinden und der neugeborene Nationalstaat kann nun auf dasselbe Wohlwollen der Nationalismuskritiker hoffen, das seinerzeit, in der heißen Phase des Konflikts, nur der ehemaligen Titularnation entgegengebracht worden war. Von den 29 Mitgliedsstaaten der EU hat fast ein Drittel die Unabhängigkeit erst im Lauf des 20. Jahrhunderts erlangt:

1. Estland, 1,3 Mio Einwohner (von der Sowjetunion, 1991)
2. Finnland, 5,5 Mio Einwohner (von Russland, 1917)
3. Irland, 4,8 Mio Einwohner (von Großbritannien, 1921)
4. Kroatien, 4,2 Mio Einwohner (von Jugoslawien, 1991)
5. Lettland, 1,9 Mio Einwohner (von der Sowjetunion, 1991)
6. Litauen, 2,8 Mio Einwohner (von der Sowjetunion, 1990)
7. Malta, 0,4 (ehem. brit. Kronkolonie, 1964)
8. Slowenien, 2,0 Mio Einwohner (von Jugoslawien, 1991)
9. Zypern, 0,8 Mio Einwohner (ehem. brit. Kronkolonie, 1960)

Außerhalb der EU könnten man zudem noch das Kosovo und Montenegro nennen. In allen Fällen gab es Rechtsbrüche, gewaltsame Auseinandersetzungen, Völkerrechtsverstöße, die aber heute höchstens noch in historischer Perspektive diskutiert werden, den betreffenden Staaten aber im öffentlichen Diskurs nie mehr vorgehalten werden.

Der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung dagegen schon. Auch taucht hier das Wort von der zu vermeidenden Kleinstaaterei verlässlich auf – selbst wenn ein katalanischer

Staat mit derzeit 7,6 Mio noch einmal deutlich größer wäre, als der größte der oben genannten neun EU-Mitgliedsstaaten; oder anders formuliert: deutlich größer als Zypern, Malta, Luxemburg, Estland, Lettland und Slowenien zusammen.

Der antinationalistische Mehrheitsdiskurs deutscher Medien besteht also einerseits darauf, dass das katalanische Unabhängigkeitsstreben rechts- und vernunftwidrig ist und zudem zu einer als negativ bewerteten “Kleinstaaterei” führt; zugleich gilt diese Argumentation aber für die allesamt deutlich kleineren neun EU-Mitgliedstaaten nicht, die denselben Unabhängigkeitsprozess bereits erfolgreich abgeschlossen haben.

Dieses Messen mit zweierlei Maß wird nicht zuletzt durch eine auf Desinteresse basierende Geschichtsvergessenheit befördert. Michael Billigs Beobachtung erklärt problemlos, warum ehemals als “fanatisch” kritisierte Widerstandsbewegungen mit der erfolgreichen Gründung ihres neuen Staats in kürzester Zeit zu respektablen politischen Akteuren avancieren konnten: Ihr ehemals “heißer” Nationalismus ist mit der Staatsgründung zu einem “banalen” Nationalismus geronnen, den wir nicht mehr fürchten müssen und mittelfristig auch nicht mehr wahrnehmen, sofern er sich nach außen nur halbwegs bedeckt hält.

Regionalsprachen sind provinzieller Unfug, nationale Staatssprachen dagegen ein Gebot der Vernunft

In seinem bereits erwähnten Artikel “Die Sprache der Blöden” stellt es Paul Ingendaay, von seinem ehemaligen Wirkungsort Madrid aus blickend, genüsslich als absurd dar, dass die Regionalsprachen in den zweisprachigen Regionen Spaniens angeblich die spanische Sprache verdrängten und dass man in Barcelona versucht, die eigene Muttersprache zu fördern. Auf sachlicher Ebene könnte man Herrn Ingendaay soziolinguistische Untersuchungen entgegenhalten, denen zufolge nicht etwa das Spanische mit seinen weltweit 570 Mio. Muttersprachlern in Gefahr ist, sondern dass vielmehr die spanischen Regionalsprachen Baskisch, Galicisch und Katalanisch, trotz aller Förderung durch die Regionalregierungen, als Muttersprachen in besorgniserregender Weise zurückgedrängt werden. Das aber ist nicht einfach nur sprachdarwinistisches Schicksal, sondern durchaus auch Ergebnis überkommener spanischer Sprachenpolitik, die die Regionalsprachen zwar heute nicht mehr aktiv unterdrückt, wohl aber noch asymmetrisch behandelt: Alle Bürger der Region *dürfen* die Regionalsprache verwenden; als Bürger Spaniens aber *müssen* sie zugleich die spanische Sprache beherrschen. Faktisch bedeutet das nicht nur für den Amtsverkehr: Ein einziger monolingualer Spanier kann damit regelmäßig alle anderen Anwesenden zum Sprachwechsel veranlassen.

Dass diese politische Lösung, das sogenannte Individualprinzip, nicht selbstverständlich ist, sieht man an der Behandlung von Regionalsprachen z.B. in Kanada, der Schweiz oder Belgien, wo das Territorialprinzip gilt: Hier garantiert der Staat seinen Bürgern, dass innerhalb der betreffenden Territorien die Regionalsprache obligatorisch ist und damit als vollwertige Alltags-, Kultur- und Amtssprache fungiert.

Das heißt beispielsweise für die Bürger des kanadischen Québec, dass sie ihr gesamtes Leben in französischer Sprache abwickeln können, ohne je gezwungen zu werden, im Kontakt mit Behörden das Englische zu verwenden. Flamen müssen kein Französisch und Wallonen kein Niederländisch sprechen, um vollwertige belgische Staatsbürger zu sein. Und in vielen Ort des Engadins im Kanton Graubünden ist gar Vallader (einer der sieben traditionellen Schriftdialekte des Bündnerromanischen) einzige Behörden- und Schulsprache. Was also in

Spanien wie eine höchst großzügige Sprachenpolitik wirkt, ist es im internationalen Vergleich mit anderen mehrsprachigen oder multinationalen Staaten nicht unbedingt.

Dazu kommt noch, dass Katalonien als wichtige Industrie- und Tourismusregion bevorzugtes Ziel innerspanischer Migration war und immer noch ist. Der spanische Sprachnationalismus und seine gesetzliche Ausgestaltung sorgen dafür, dass den Zuwanderern staatlicherseits bescheinigt wird, dass eine sprachliche Integration in Katalonien nicht nötig ist und dass das Katalanische eine Angelegenheit ist, die nur die Katalanen betrifft. Diese Haltung konterkariert natürlich das katalanische Autonomiestatut, in dem es ausdrücklich heißt, dass das Katalanische die *llengua pròpia*, also die Landessprache Kataloniens sei. Im Alltag bedeutet dies, dass ein Leben auf Katalanisch ein ständiger Kampf ist. Die Kassiererin im Supermarkt versteht natürlich, was der Kunde ihr auf Katalanisch sagt ("Ein Plastiktüte, bitte!"), hat aber keine Lust, es zu verstehen. Es sind die alltäglichen kleinen Machtkämpfe: "Sprechen Sie Spanisch, ich verstehe Sie nicht!" Die meisten einsprachigen Zuwanderer haben nicht das Gefühl, dass ihnen ohne die Landessprache etwas fehlte. Im Gegenteil: Die Haltung ist, dass wir hier schließlich in Spanien sind und niemand mit einer "fremden" Sprache belästigt werden sollte. Also wechselt der Kunde im Supermarkt ins Spanische, weil alle Katalanischsprecher (oft zu ihrem Nachteil) perfekt zweisprachig sind. Oder er insistiert und wiederholt seine Bitte auf Katalanisch. Die Schlange in seinem Rücken rollt mit den Augen. Bei der dritten Wiederholung wird ihm die Kassiererin schließlich wütend eine Plastiktüte hinwerfen, weil sie plötzlich doch versteht, was gewünscht war. Jeder Katalanischsprecher kennt diese Situationen bis zum Überdruß. Das Nicht-Beherrschen der Landessprache beschämt die Einsprachigen normalerweise nicht etwa; man hört immer wieder "Wie bitte!?", "Auf Spanisch, wir sind hier in Spanien!" oder – eine beliebte Technik – eine wörtliche Übersetzung des Gesagten ins Spanische, so als habe man selbst es falsch gesagt. Diese kleinen Alltagskämpfe enden fast immer zugunsten der monolingualen Spanischsprecher, denn der Sozialdruck der Umstehenden drängt stets, sich nicht so anzustellen. Schließlich können wir doch alle Spanisch. In großen historisch katalanischsprachigen Städten wie Valencia oder Palma hört man die Sprache immer weniger und auf den Schulhöfen passen sich die bilingualen katalanischsprachigen Kinder wie selbstverständlich ihren monolingualen spanischsprachigen Schulkameraden an; selbst in Barcelona kann zwar fast jeder Katalanisch, aber gewohnheitsmäßig gesprochen wird es dort gerade noch von einem Drittel der Bevölkerung.

Interessant ist bei alledem die zugrundeliegende scheinbar pragmatische, im Grunde aber nationalistische Annahme, die Herr Ingendaay und viele seiner Kollegen hier an den Tag legen: die Überzeugung nämlich, dass die Sprache der spanischen Nation automatisch wichtiger ist als das Katalanische, dem es ansonsten an nichts als nur an dieser Würde mangelt: eine Staatssprache zu sein.

Die allgegenwärtige Intuition, dass der banale Nationalismus der etablierten Nationalstaaten unproblematisch sei, macht es auch hier überflüssig, das Argument überhaupt auszuformulieren. Spanisch ist eben eine echte, vollwertige Sprache (mit "Armee und Flotte", wie es der Jiddisch-Sprachforscher Max Weinreich einmal formuliert haben soll), das Katalanische dagegen irgendein Folkloreprodukt, ein Dialekt, eine Halbsprache.

Da es eine interne Angelegenheit ohne Bedeutung außerhalb Spaniens ist, wird es oft nicht einmal mit seinem normalen deutschen Namen bezeichnet; man übernimmt einfach die spanische Fremdbezeichnung "Katalan" oder "Catalan". Herr Ingendaay und andere Vertreter dieser Ansicht kritisieren es scharf, wenn in Barcelona das Katalanische das Spanische verdrängen sollte. Ihre Kritik bleibt allerdings ein wenig ahistorisch am gegenwärtigen

Einzelfall hängen, in dem eine einzelne kleine Sprache sich gegen eine übermächtige Staatssprache zu behaupten sucht. Ein solcher Kampf ist demnach eine anachronistische Eulenspiegelei. Hat ein solcher Kampf allerdings erst einmal zum Erfolg geführt, verschwindet der betreffende Fall sofort spurlos aus diesem kritischen Diskurs: Dass das einst schwedische Helsingfors heute Helsinki heißt und Finnisch spricht, ist in diesem Kontext nämlich nie Thema. Ebenso wenig wie der Sprachwandel Revals (Tallinn) zum Estnischen oder der von Wilna vom Polnischen zum Litauischen (Vilnius). Der eigene Nationalstaat heilt alle Sünden der Vergangenheit!

Catalanum est, non legitur

Staatssprachen muss man beherrschen, um als Experte für die betreffenden Länder gelten zu können. “Regionalsprachen” dagegen sind entbehrlich – selbst wenn zentrale Teile der intellektuellen Auseinandersetzungen des Landes in ihnen verhandelt werden und die Sprecherzahl der Regionalsprache höher ist, als die der Staatssprachen von 10 EU-Mitgliedsländern. Der nationale Faktor gilt in jedem einzelnen Fall als wichtiger als die objektive Bedeutung in Form von Marktanteilen und Sprecherzahlen. Litauisch zu lernen ist für Baltikumexperten eine vernünftige Entscheidung; Katalanisch zu lernen wäre für Spanienexperten höchstens eine Schulle.

Der Artikel “Adiós España” von Birgit Aschmann (FAZ vom 18.12.2015) beginnt so:

Man zählt das Jahr 1898. “Wo bist du, Spanien? Hörst Du nicht meine Donnerstimme? Verstehst Du die Sprache nicht, die in Gefahren zu dir spricht? Hast Du verlernt, Deine Kinder zu verstehen?”, so fragt der Dichter Joan Maragall in seiner “Ode an Spanien”. Unmittelbar nach diesen Fragen mündet sie in die abschließende Emphase: “Adiós España!” Nichts anderes würden die katalanischen Nationalisten dem spanischen Staat heute gern zurufen.

Das spanische “Adiós España” im Titel bezieht sich also auf die *Oda a Espanya*, mit der sich der *katalanische* Dichter Joan Maragall im Namen ganz Kataloniens von einem Spanien verabschiedet, dessen Nationalprojekt man 1898 mit dem Verlust der letzten überseeischen Kolonien als endgültig gescheitert empfand. Dass sich hier also ein Katalane an Spanien wendet, ist eine wichtige kleine Information, die den Lesern das Verständnis erleichtert hätte. Die exponiert zitierte Zeile “Adiós España” findet sich dort allerdings nirgends, denn das Gedicht ist überhaupt nicht in spanischer Sprache verfasst. Das ist relevant, denn die Sprache als Symbol der katalanischen und der spanischen Nation ist hier ausdrücklich Thema:

Escolta, Espanya, - la veu d'un fill
 que et parla en llengua - no castellana:
 parlo en la llengua - que m'ha donat
 la terra aspra;
 en 'questa llengua - pocs t'han parlat;
 en l'altra, massa.
 [...]
 On ets, Espanya? – No et veig enlloc.
 No sents la meua veu atronadora?
 No entens aquesta llengua – que et parla
 entre perills?
 Has desaprès d'entendre an els teus fills?
 Adéu, Espanya!

Höre, Spanien, - die Stimme eines Sohnes,
 Der in einer Sprache zu dir spricht, die nicht
 kastilisch ist:
 Ich spreche zu dir in der Sprache, die mir die rauhe
 Muttererde geschenkt hat;
 In dieser – haben wenige zu dir gesprochen
 In der anderen zu viele. [...]
 Wo bist du, Spanien? – Ich finde dich nirgends.
 Hörst du nicht meine Donnerstimme?
 Verstehst du nicht diese Sprache – die zu dir spricht
 in der Gefahr?
 Hast du verlernt, die eigenen Kinder zu verstehen?
 Lebewohl, Spanien!

Warum also verwendet Frau Aschmann in einer deutschen Zeitung die spanische Übersetzung eines katalanischen Gedichts? Eines Gedichts, in dem der katalanische Autor genau die kastilische Einsprachigkeit des spanischen Staats als Symbol für die Dialogverweigerung des Zentrums konstruiert? Die Antwort wird wahrscheinlich lauten: Weil sie das betreffende Gedicht in spanischer Übersetzung rezipiert hat. Weil es für deutsche Spanienexperten

ausreicht, Spanisch zu können und niemand auf die Idee käme, auch noch Katalanischkenntnisse zu erwarten. Weil die Sprache Spaniens nun einmal das Spanische ist. Weil die Nation wichtiger ist als die Region.

Fast die gesamte Berichterstattung über die Katalonienkrise krankt in ganz ähnlicher Weise am banalen Nationalismus, der sich in dieser Haltung manifestiert: Sämtliche deutsche Korrespondenten dieses Konflikts sind in Madrid stationiert und konsultieren Medien dort augenscheinlich ausschließlich auf Spanisch.

Aus staatsnationalistischer Perspektive ist das ein völlig unauffälliger Sachverhalt, denn Madrid ist die Hauptstadt Spaniens und damit der natürliche Standort für Korrespondenten. Inhaltlich allerdings ist diese Entscheidung deutlich weniger zwingend. Die wichtigen Gegendiskurse finden in Spanien oft in katalanischer Sprache statt und der einzige Ort, wo sowohl die spanische als auch die katalanische Sichtweise wirklich debattiert werden, ist Katalonien. Nur die katalanische Seite ist zweisprachig und rezipiert daher beide Sichtweisen. Das scheint generell für unsere Korrespondenten nicht zu gelten, die Katalanisches (ja selbst spanischsprachige Texte aus Katalonien) augenscheinlich nicht lesen. Es ist insofern nicht überraschend, wenn in Deutschland nur eine Seite der Debatte ankommt. Niemand käme auf die Idee, aus Slowenien zu berichten, ohne die Landessprache zu beherrschen. Bei der Berichterstattung zu Katalonien ist dies dagegen nicht einmal ein Kavaliersdelikt.

Ist Katalanisch vielleicht einfach zu klein, als dass sich dieser Aufwand lohnte? In der EU gibt es derzeit 24 Amts- und Arbeitssprachen. Wäre Katalanisch mit seinen 9,2 Mio Sprechern (Wikipedia) die 25. Amtssprache der EU, läge es von seiner Sprecherzahl her exakt in der Mitte, auf dem 12. Platz, mit mehr Sprechern als sogar Dänisch (5,3), Finnisch (6,0), Slowakisch (6,0), Kroatisch (7,0) oder Bulgarisch (8,0) und mit nicht viel weniger Sprechern als Schwedisch mit 10,5 Mio. oder Tschechisch mit 13,4 Mio. Katalanisch ist also eine mittelgroße europäische Kultursprache mit einer reichen Literatur und einer literarischen Schreibtradition, die bis ins 13. Jahrhundert zurückreicht. Es ist offizielle Amtssprache in Katalonien, dem Land Valencia (*Comunitat Valenciana*), den Balearen und in Andorra. Katalanisch ist kein Dialekt und unterscheidet sich vom Spanischen ähnlich stark, wie das Niederländische vom Deutschen. Warum es also nicht möglich sein sollte, Menschen mit einschlägigen Sprachkenntnissen für die Berichterstattung vor Ort heranzuziehen, ist mit rationalen Argumenten kaum nachzuvollziehen. Umso leichter fällt die Begründung allerdings mit Argumenten des banalen Nationalismus: Da Katalonien kein Staat ist, liegt es unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des Nationalstaats, ist also kein politisch-kulturelles Subjekt. Da das Katalanische keine Staatssprache ist, kann es nach dieser Logik nur eine "Regionalsprache" sein – also etwas Ähnliches wie ein Dialekt. Und Dialekte kann man stets zugunsten der überdachenden Kultur- und Staatssprache ignorieren, so wie es das monolinguale Spanien schließlich auch tut.

Es ist der banale Nationalismus der Nationalstaaten, der eine staatenlose Nation wie Katalonien unsichtbar hält und in den Separatismus treibt!

Warum ist Spanien unfähig, Kompromisse zu schließen?

Es ist offensichtlich, dass das Katalonienthema in Deutschland mit Skepsis und spürbarem Unbehagen verfolgt wird. Zum einen haben wir in Europa scheinbar Wichtigeres zu verhandeln, während das katalanische Streben nach mehr Autonomie als Luxusproblem einer ohnehin privilegierten Region Spaniens empfunden wird. Spanien als Land ist andererseits fast uneingeschränkt positiv konnotiert – nicht ohne Grund verbringen jährlich ca. elf Mio.

Deutsche ihren Urlaub dort. Man erinnert sich hier gerne daran, wie der volkstümliche König Juan Carlos seinerzeit durch beherztes Einschreiten die junge spanische Demokratie vor einem Militärputsch bewahrte. Und schließlich ist man in Deutschland entschieden gegen Nationalismus – ein Wort, das von vielen als nahezu gleichbedeutend mit “national-sozialistisch” empfunden wird. Nationalismus ist eine klar rechts der Mitte zu verordnende Ideologie, die irrational, populistisch, rückwärtsgewandt und unsolidarisch allem widerspricht, wofür die öffentliche Meinung in Deutschland eintritt.

Der katalanische Separatismus erschien lange Zeit als spanische Version des bayerischen *mia san mia*, also als Folklore angesehen worden, und die deutsche Öffentlichkeit reagierte überrascht, als daraus, scheinbar plötzlich, eine echte politische Krise erwuchs. Die Berichterstattung dazu besaß zumeist eine geringe historische Tiefe und versäumte es daher darauf hinzuweisen, wie tief der ideologische Kampf gegen den baskischen und katalanischen Sezessionismus seit über 100 Jahren zum Kernbestand des spanischen Nationalismus gehört hat. Wir haben es also nicht etwa mit einem völlig neuen Phänomen zu tun, in dem eine wohlhabende Region unter Ausnutzung einer Wirtschaftskrise spontan die Solidarität gegenüber dem Gesamtstaat aufkündigt, sondern lediglich um die Aktualisierung eines Konflikts, der die moderne spanische Nation von Beginn an zentral geprägt hat.

Es gibt also historisch tieferliegende Gründe dafür, warum es Spanien nicht schafft, das katalanische und baskische Problem dialektisch zu lösen, sondern es vielmehr in dieser Form eskalieren lässt.

Was war geschehen? Demokratisch gewählte katalanische Politiker haben, als Konkretisierung ihres Wahlprogramms, Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofs ignoriert. In Deutschland wären die Konsequenzen dafür hypothetisch zum einen, dass die betreffenden politischen Entscheidungen für unwirksam erklärt würden. Die Politiker würden zudem möglicherweise ihres Amtes enthoben und sogar für eine Zeit von der Ausübung öffentlicher Ämter ausgeschlossen werden. Man würde sich womöglich bemühen, das Ganze im Rahmen einer Verhandlungslösung beizulegen, die von beiden Seiten Zugeständnisse fordern würde. Das ist in Spaniens politischer Kultur anders und die deutsche Öffentlichkeit sollte die Radikalität der spanischen Reaktion klarer zur Kenntnis nehmen: Dort wurden zunächst, und unter weitestmöglicher Auslegung des Artikels 155 der Verfassung, die Regierung und das gesamte gewählte Regionalparlament vollständig entmachtet und die Region einer Direktverwaltung durch die Zentrale unterstellt. Damit nicht genug, wurden die verantwortlichen Politiker, aber auch die Vorsitzenden zweier Bürgerinitiativen, vor Gericht gestellt und des Hochverrats (*rebelión*) angeklagt, der in Spanien mit einer Strafanordnung von 30 Jahren Zuchthaus belegt ist. Mord wird in Spanien mit Zuchthaus zwischen 15 und 25 Jahren bestraft.

Am 14.10.2019 wurden schließlich die Urteile gefällt, die in ihrer Radikalität die Welt schockieren sollten: Es wurden Strafen zwischen 9 und 12 Jahren verhängt.

Die deutsche Berichterstattung bleibt ihren Lesern die Antwort auf eine naheliegende Frage regelmäßig schuldig: Warum reagiert der spanische Staat um soviel gereizter, als wir dies in Westeuropa erwarten würden? Nur ein Blick in die jüngere Geschichte Spaniens kann diese heftige Reaktion verständlich machen.

Zu Gründen und Entwicklung der Idee einer spanischen Nation

Die Idee einer spanischen Nation entwickelt sich, wie in vielen anderen europäischen Staaten auch, im Verlauf der napoleonischen Kriege und im einenden Widerstand gegen eine fremde Besatzungsmacht. Die bourbonischen Könige hatten sich im Rahmen einer

erbärmlichen Farce kampflos den Franzosen ergeben und die Verteidigung des Landes ganz der Bevölkerung überlassen. So entstand im Widerstandskampf die Idee einer spanischen Nation, die zu dieser Zeit selbstverständlich das gesamte Kolonialreich umfasste. Leider wurde dieses Nation-Building aber zu einem spektakulären Fehlstart, denn der Sieg gegen Napoleon führte in Spanien zu einer neoabsolutistischen Reaktion, die von der Bevölkerung mit dem Ruf ¡vivan las cadenas!, “ein Hoch auf die Ketten”, begrüßt wurde. Innerhalb der nächsten Jahrzehnte ging fast die Gesamtheit der amerikanischen Kolonien für Spanien verloren und erkämpfte sich die Unabhängigkeit.

Das gesamte 19. Jahrhundert war geprägt von einem Ringen zwischen absolutistischen Ultra-Traditionalisten auf der einen Seite und radikalen jakobinische Liberalen auf der anderen Seite. Man muss aufpassen, diesen Konflikt nicht auf die Dimensionen Aufklärung vs. Traditionalismus, Katholiken vs. Agnostiker oder Parlamentarismus vs. Absolutismus zu reduzieren.

Zentral war vor allem auch die unterschiedliche Konzeption von Staat und Nation in beiden Lagern: Die Liberalen vertraten dabei die Ideen des französischen Jakobinismus, nach denen die Nation in jeder Hinsicht so uniform wie möglich sein sollte und das Staatsvolk durch eine einzige Nationalsprache zusammengehalten werden musste. Die andere Seite dagegen, die karlistischen Traditionalisten, hatten, bei allem Schwenken von Herz-Jesu- und “Viva el rey”-Bannern, eine föderale Konzeption von Spanien und konnten mit dem Konzept der Einheitsnation wenig anfangen. Vielmehr sahen sie im Königreich Spanien eine bunte Mischung iberischer Völker mit ihren je eigenen Sprachen und Traditionen und *fueros* (lokalen Rechten), die unter dem Mantel der Kirche und dem Schutz der Krone in einem “Vaterland” (*patria*) friedlich – aber unter Wahrung ihrer kulturellen Eigenarten – zusammenleben sollten. Im 19. Jahrhundert war z.B. die baskische Sprache noch noch nicht Symbol für antispanischen Separatismus. “Ni Karliste nahiz, ta Espanie babestuko dot hil marte” – so lautete das baskischsprachige Motto eines berühmten karlistischen Bandenführers: “Ich bin Karlist und kämpfe für Spanien bis zum Tod”. Die Verwendung des Baskischen für einen solchen Inhalt wäre heute schwer vorstellbar.

Gemäßigte Konservative, wie es sie in anderen europäischen Ländern stets gab, wurden zwischen diesen beiden extremen Lagern zermahlen bzw. von den Traditionalisten rechts überholt. Keiner der beiden Seiten gelang es, eine dauerhafte Regierung zu stellen und wirksame Maßnahmen gegen die Rückständigkeit des Landes zu unternehmen. Spanien als Ganzes blieb agrarisch geprägt und schaffte es aufgrund der ausbleibenden agrarischen Revolution nicht, die Produktivität so zu steigern, dass aus der Landarbeiterschaft überschüssiges Personal als Industrieproletariat hätte rekrutiert werden können. So scheiterte in Spanien auch die Industrialisierung. Nur in zwei Regionen fand eine erfolgreiche Industrialisierung statt: in Katalonien und im Baskenland. Dadurch ergaben sich dauerhafte Interessenskonflikte zwischen dem industrialisierten und modernen Spanien im Osten und dem weiterhin agrarischen Rest Spaniens.

Das politische Zentrum befand sich im 19. Jahrhundert weiterhin in Kastilien, das sich über Jahrhunderte als dominante Nationalität innerhalb des iberischen Völkerverbunds verstanden hatte und sich, in perpetuierter Erinnerung an die glanzvolle Epoche der sogenannten *siglos de oro*, wie selbstverständlich als Führungsmacht Spaniens verstand. Das tatsächliche demografische, wirtschaftliche und intellektuelle Zentrum hatte sich allerdings mittlerweile in erheblichem Maße in die Peripherie verschoben. Ab 1860 beginnt in Spanien der moderne Verstärkerungsprozeß, der allerdings fast ausschließlich die industrielle Peripherie Baskenland und Katalonien (mit Ausnahme Madrids) betrifft. Der Rest des Landes ist durch eine rückständige Landwirtschaft geprägt, die nicht in der Lage ist, die Bevölkerung

zu ernähren und daher eine Flucht in die industrialisierten Städte der Peripherie verursacht.

Das aufstrebende katalanische Bürgertum verfolgte lange Zeit keine antispanische Politik, sondern erhob vielmehr den Anspruch, die junge spanische Nation unter katalanischer Führung in ähnlicher Weise zu einen und zu modernisieren, wie dies in Deutschland unter preußischer und in Italien unter piemontesischer Führung geschehen war. Dieser Konflikt um die Staatsform, die Spanien sich geben sollte, äußerte sich in einer langen Reihe destabilisierender Bürgerkriege, deren letzter und blutigster erst im 20. Jahrhundert mit dem Sieg des Frankismus endete.

Das bedeutete de facto die Niederlage des Traditionalismus, denn der ideologische Kern des Frankismus bestand aus einer Kombination der unitaristischen Staatsidee der spanischen Liberalen des 19. Jahrhunderts mit einem abgestandenen und obrigkeitshörigen Katholizismus. Der Frankismus basierte also auf einer radikalen Umsetzung des modernen Konzepts der Einheitsnation!

Der nationale Fehlstart Spaniens und seine Folgen für Katalonien

Der nationale Fehlstart Spaniens im 19. Jahrhundert fand, nach zahlreichen Erniedrigungen und Fehlschlägen, seinen traumatischen Abschluss im Ende des spanisch-amerikanischen Krieges im Jahre 1898, der für Spanien den Verlust auch der letzten überseeischen Kolonien (Kuba und die Philippinen) bedeutete. Die Idee einer gewissermaßen weltumspannenden spanischen Nation musste nun definitiv aufgegeben und durch die Idee einer europäischen spanischen Nation ersetzt werden. Eine ganze Generation von Intellektuellen, die sogenannte *Generación del 98*, war mit der Schaffung eines neuen und den neuen Gegebenheiten angemessenen spanischen Nationaldiskurses beschäftigt. Die Haltung des katalanischen Bürgertums kippte zu diesem Zeitpunkt endgültig. Die Hoffnung, Spanien im Sinne der katalanischen Industrialisierung insgesamt umgestalten zu können und in einem eher föderal geprägten Staatsgebilde die Führungsrolle zu übernehmen, war schließlich einer tiefen Ernüchterung gewichen. Das spanische Staatsprojekt war gescheitert. Erst von diesem Zeitpunkt an beginnt ein bewusstes katalanisches *nation-building* als Gegenentwurf zu dem als gescheitert empfundenen spanischen Nationenprojekts. Erst von diesem Zeitpunkt an entwickelt sich ein Katalanismus, dessen Ziel nun nicht mehr darin besteht, innerhalb eines spanischen Gesamtstaats möglichst großen Einfluss und zugleich möglichst große regionale Unabhängigkeit zu erreichen.

Erst jetzt beginnt in Katalonien die Idee einer eigenständigen katalanischen Nation Form anzunehmen.

Die “Geschichte Spaniens” (Reclam 2022, wieder 2013, hg. von Peer Schmidt und Hedwig Herold-Schmidt), ein Handbuch mit ausführlichen Überblicksartikeln von Experten für die jeweiligen Epochen, dürfte schwerlich in dem Ruch stehen, in demagogischer Weise gegen Spanien Stimmung machen zu wollen und sich von Regionalnationalisten einspannen zu lassen. Zur Einheit der spanischen Nation heißt es dort im Vorwort:

“Zwar ist, wie die neuere Forschung betont, Nation und Nationalismus immer das Resultat einer stets neu zu definierenden Konstruktion, die jeweils epochenspezifischen Ausdeutungen unterliegt, doch ist hier die Basis einer solchen gesamtspanischen Konstruktion denkbar schmal. Das heutige Spanien präsentiert sich nicht als ‘gewachsene Einheitsnation’, sondern vielmehr als ein Konglomerat verschiedener Nationalitäten” (Schmidt / Herold-Schmidt 2013:11).

Hedwig Herold-Schmidt ist darin verantwortlich für das Kapitel “Vom Ende der Ersten zum Scheitern der Zweiten Republik (1874-1939)”, in dessen 80 Titel umfassender Bibliographie kein einziger in katalanischer Sprache auftaucht, die katalanischsprachige Historiographie

also augenscheinlich schlicht nicht rezipiert wurde. Das macht den mehr als kritischen Grundton des Kapitels ideologisch eher unverdächtig. Das Entstehen der peripheren Nationalismen Ende des 19. Jahrhunderts wird hier vor allem mit dem Scheitern eines spanischen Nationalprojekts begründet: “Zentralistische Verwaltungsstruktur, Ungleichzeitigkeiten in der sozioökonomischen Entwicklung, die nur in Ansätzen erfolgreiche 'bürgerliche Revolution' und damit verbunden die Defizite des *nation-building* in Spanien erklären den Aufstieg des politischen Nationalismus bzw. Regionalismus in den peripheren Landesteilen, zuerst in Katalonien, danach im Baskenland und Galizien” (Herold-Schmidt 2013:330).

Von spanischer Seite aus betrachtet beginnt also die Geschichte der spanischen Nation mit einem spektakulären Fehlstart und einem zweiten Versuch zum Ende des 19. Jahrhunderts. Von der sogenannten “Generation von 1898” wird – unter dem schmerzlichen Eindruck einer ganzen Reihe verlorener Unabhängigkeitskriege, des Verlusts der Kolonien und eines beginnenden alternativen *nation-building* im Baskenland und in Katalonien – eine neue spanische Nationalidee erarbeitet. Durch diese historischen Umstände wird die Angst vor weiteren Befreiungskriegen und territorialen Einbußen zu einem prägenden Element des neuen spanischen Nationaldiskurses. Nach all den erniedrigenden Verlusten will man nun alles tun, um die potentiellen Verräterprovinzen Baskenland und Katalonien im Staatsverbund zu halten! Der jakobinische Einheitsstaat wird zu einem zentralen Element des spanischen Nationalismus und der Hass auf jede regionale Abweichung davon ebenfalls.

Die spanische Falange, die Kampforganisation des spanischen Faschismus, ist bis heute eine zugelassene Partei, die in demokratischen Wahlen antritt. In vielen Aspekten vertritt die spanische Ultrarechte ähnliche Ansichten wie die analogen Parteien in anderen Ländern. Während aber z.B. der Hauptgegner deutscher Rechtsextremer Migranten und Ausländer sind, stehen diese bei den entsprechenden spanischen Parteien erst an zweiter Stelle ihrer Hassliste. Platz eins ist traditionell und unverrückbar dem baskischen und katalanischen Regionalismus bzw Sezessionismus gewidmet.

Diese Besonderheit Spaniens und seines nationalen Diskurses ist zuweilen im Ausland nicht genügend berücksichtigt worden und ist einer der Gründe, weswegen der spanische Bürgerkrieg und die folgende Phase der Diktatur nicht immer angemessen verstanden wurden. Selbstverständlich gab es wichtige soziale und wirtschaftliche Gründe für den Putsch der Generäle. Ein zentraler Grund für das *alzamiento nacional* (d.h. die “nationale Erhebung”!) war aber auch, dass in der spanischen Republik gerade das Projekt einer Föderalisierung Spaniens weit fortgeschritten war und dass innerhalb dieses Projekts Katalonien und das Baskenland bereits offiziell ihren Status als unabhängige Staaten innerhalb einer paniberischen Konföderation erklärt hatten, während Galicien auf dem Weg zu einer analogen Erklärung war. Es ist im Ausland nicht genügend berücksichtigt worden, dass spanische Nationalisten dies alles als Fanal eines unerträglichen Auseinanderbrechens der unteilbaren spanischen Nation wahrnehmen mussten. **Das zentrale Anliegen der nationalistischen Putschisten war es, dieses Auseinanderbrechen zu vermeiden. Spätestens seitdem ist die Furcht vor dem Zerfall Spaniens zu einem neurotischen Angst- und Hassthema geworden.**

Der Separatismushass: Kernelement des spanischen Nationaldiskurses

Am 12. Oktober 1936 wird im Audimax der Universität Salamanca der *Día de la raza* (“Tag der Rasse”) gefeiert. Anwesend sind der Bischof von Salamanca mit dem eindeutig katalanischen Namen Enrique Plá y Deniel; die Ehefrau von *Generalísimo* Franco; der Marokko-Kriegsveteran und Gründer der spanischen Fremdenlegion, General Millán-Astray; und der renommierte baskische Literat und Intellektuelle Miguel de Unamuno. Anlässlich dieses akademischen Festakts spricht der Rektor der Universität Francisco Maldonado die folgenden Worte: “Katalonien und die baskischen Provinzen sind Krebsgeschwüre im Leib der Nation. Der Faschismus, an dem Spanien nun gesunden soll, wird Mittel und Wege finden, diese mit Stumpf und Stil auszurotten, indem wir, Chirurgen gleich ohne falsche Sentimentalisten, beherzt ins lebendige Fleisch schneiden”. Millán-Astray ruft: “Tod den verräterischen Intellektuellen!”, andere, noch inspirierter, rufen “¡Viva la muerte!”. Unamuno – selbst Baske, aber zugleich doch ein jakobinistischer Kämpfer für die spanische Einheitsnation – widerspricht in einer tapferen, berühmten und letztlich ins Exil führenden Replik, die mit den Worten “Venceréis [...] Pero no convenceréis” (‘Ihr werdet siegen. Aber nicht überzeugen.’) endet. Miguel de Unamuno ist lange tot. Millán-Astrays Legion besteht bis heute als offizieller Teil der spanischen Armee, trägt gern riesige Kruzifixe durch Städte und singt dazu die Hymne der Legion “Somos novios de la muerte” (‘Unsere Braut, das ist der Tod’). Die Ablehnung von Separatismus entspricht dem natürlichen Selbsterhaltungstrieb eines jeden Staats; aber nicht in jedem Staat ist er so eng mit rechtsextremem Gedankengut verknüpft.

José Antonio Primo de Rivera (1903-1936), Sohn des Diktators Miguel Primo de Rivera, ist der Begründer des spanischen Faschismus. Im offiziellen Programm der *Falange*, von Primo de Rivera selbst verfasst, steht das Thema der Unteilbarkeit der spanischen Nation und der Hass auf den Separatismus ganz am Anfang, nämlich in den Paragraphen 1 und 2: “1.

Wir glauben daran, dass Spanien eine höhere Realität ist. Spanien zu stärken, zu verherrlichen und zu erhöhen ist die drängendste Aufgabe, der sich alle Spanier zu stellen haben. Der Verwirklichung dieses Ziels haben sich sämtliche Interessen der Individuen, Gruppen und Klassen gnadenlos zu unterwerfen. 2. Spanien ist eine Schicksalseinheit innerhalb des Universalen. Jegliche Verschwörung gegen diese Einheit ist abstoßend. Jeglicher Separatismus ist ein Verbrechen, das wir nicht verzeihen werden” (ABC, 1934).

Die Figur José Antonios ist übrigens in Spanien insgesamt weitgehend salonfähig geblieben. Eine angebliche romantisch-schicksalhafte Liebschaft mit einer steinreichen jüdischen Kommunistin – dramatischerweise kurz vor seiner standrechtlichen Erschießung – wurde am 1. Oktober 2015 mit großem Erfolg unter dem Titel “Mi princesa roja” (‘Meine rote Prinzessin’) in Madrid uraufgeführt. Das Musical versteht sich als apolitisch und beleuchtet lediglich die sympathischen persönlichen Facetten der Persönlichkeit des Faschistenführers. Das Internet lehrt uns zudem, dass die *Calle José Antonio Primo de Rivera* die Bar- und Discomeile auf Lanzarote ist. Valladolid hat die gleichnamige Straße erst 2014 umbenannt, Valencia 2012; in Melilla und vielen anderen Orten hat man sich noch nicht dazu durchringen können. Wer “Calle José Antonio Primo de Rivera” in eine Suchmaschine eingibt, kann sich von der andauernden Popularität dieses Namens (aber auch anderer wie z.B. “Generalísimo” oder “Francisco Franco”) in Spanien überzeugen. Im spanischsprachigen

Spanien sind Patriotismus und der Kampf gegen die separatistischen Tendenzen der Peripherie so positiv konnotiert, dass man dort regelmäßig Schwierigkeiten hat, sich uneingeschränkt von frankistischen und faschistischen Politikern zu distanzieren, die schließlich für genau diese Ziele kämpften.

Unter Franco war die jakobinische Idee eines in jeder Hinsicht einheitlichen Spanien Staatsdoktrin und prangte als *Una, grande y libre* auf jeder Münze. Neben einer Art Zwangskatholizismus war die Unterdrückung der Regionalbewegungen ein zentrales ideologisches Element des Frankismus.

Nach dem Tod des Diktators am 20. November 1975 war der Weg frei für ein neues, demokratisches Spanien und wenige Jahre später begründete sich dieses demokratische Spanien mit einer neuen Verfassung. Nicht alles war daran allerdings neu, denn auch diese Verfassung von 1978 enthält wieder den Grundsatz von der „unauflösbaren Einheit der spanischen Nation, unteilbares Vaterland aller Spanier“ (Artikel 2) und legt in Artikel 3 das Kastilische als offizielle Staatssprache fest, die zu kennen Pflicht aller Spanier ist.

Erst auf dieser Grundlage wird dann auch den anderen „Nationalitäten“ und Regionen sowie ihren Sprachen ein sekundäres und lokal begrenztes Existenzrecht zugesprochen. Dass die Verpflichtung aller Bürger auf eine gemeinsame nationale Identität und Staatssprache keineswegs eine verfassungsrechtliche Selbstverständlichkeit ist, sieht man bereits bei einem kurzen Blick in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in dem das Wort „Nation“ überhaupt nicht auftaucht und auch die Frage, welche Sprachen die Bürger kennen müssen, nicht geregelt wird. Nun sind solche Festlegungen andererseits auch nicht unmoralisch oder an und für sich verwerflich. Im spanischen Kontext sind sie allerdings mit Sicherheit nicht so unschuldig, wie es den Anschein haben könnte. Sie dienen nicht dazu, hypothetische Alternativen auszuschließen, sondern richten sich gegen ganz konkrete politische Bestrebungen der Peripherie.

Die Väter der spanischen Verfassung waren sich völlig bewusst, dass der katalanische, baskische oder galicische Nationaldiskurs im Frankismus zwar unterdrückt, nicht aber ausgerottet worden war; der Konflikt war nicht beigelegt und hätte in der jungen spanischen Demokratie neu politisch verhandelt werden müssen – mit allen Unwägbarkeiten, die demokratische Prozesse nun einmal mit sich bringen. Die frankistischen Eliten, insbesondere das Militär, waren nach dem Tod ihres Generalissimus bereit, sich mit allen erdenklichen Zumutungen des Machtverlusts abzufinden – notfalls sogar mit der Demokratie oder einer sozialdemokratischen Regierung. Bei der territorialen Frage aber war ihre Toleranzgrenze erreicht. Glaubhafte Zeitzeugen lassen keinen Zweifel daran, dass die oben genannten Passagen der spanischen Verfassung nur unter konkretem Druck des Generalstabs ihren Weg dorthin fanden. Narcís Serra (Ex-Verteidigungsminister und Ex-Vizepräsident der spanischen Regierung) berichtet: „Der Übergang [zur Demokratie] beginnt, als der König Adolfo Suárez ernennt. Und Adolfo Suárez hatte einen geringen Handlungsspielraum: Das demokratische Minimum wurde von der öffentlichen Meinung, das Maximum dagegen von den tatsächlichen Machthabern diktiert, die sich als Erbwalter der Grundsätze des Frankismus verstanden. [...] Und es gab nur eine einzige handlungsfähige Machtinstanz, die sich als dessen Erben sah und

den Fortbestand des frankistischen Systems garantieren konnte: die Armee”.² Miguel Herrero de Miñón, einer der Väter der Verfassung von 1978, räumt den konkreten Einfluss hoher Militärkreise auf den Text der Verfassung ein: “Artikel 8 hat eine technische Formulierung, die der Generalstab diktiert hatte und die sich Präsident Suárez zueigen machte und an uns übermittelte”. Xabier Arzalluz, ein weiterer Verfassungsvater, berichtet: “Herr Herrero hält einen Umschlag hoch, auf dem ‘Generalstab’ steht; ein militärischer Ausdruck – ich weiß nicht, was das damals genau war. Und daraufhin alle: ‘Amen!’ Und ich erinnere mich, Enrique Múgica gefragt zu haben: ‘Wie kommtet ihr so etwas akzeptieren?’ Dass die Verfassung, die verfassungsmäßige Ordnung und all das andere von den Streikkräften bestimmt werden sollte? Das ist Bevormundung! Und er antwortete: ‘Das war eine Bedingung’.” Jordi Solé Tura, Vorsitzender des Verfassungsrats und ein weiterer der sieben “Väter der Verfassung” berichtet, dass der (von den Militärs diktierte) Text von Artikel 2 einen grammatikalischen Fehler enthielt. Daraufhin erhielt er von den Vertretern der Regierungskoalition die Rückmeldung, man könne an diesen Artikeln kein Komma mehr ändern, denn sie seien der wörtliche Text eines Kompromisses, den man mit den “konsultierten Kreisen” geschlossen habe. Mit anderen Worten: Die Militärs waren nur unter einer ausdrücklichen Bedingung bereit, den Übergang zur Demokratie tatenlos zu ertragen: Die Verfassung musste jegliche demokratische Auseinandersetzung über eine mögliche baskische oder katalanische Unabhängigkeit unmissverständlich ausschließen und damit der Sphäre demokratisch verhandelbarer und politisch entscheidbarer Fragen von vornherein entziehen. Nur unter dieser Bedingung verzichteten sie 1978 auf den Putsch, der dann, drei Jahre später, dennoch kommen sollte.

Diese beiden Verfassungsartikel – Artikel 2 (Unteilbarkeit der spanischen Nation) und Artikel 8 (Verantwortung der Streitkräfte für die territoriale Integrität auch innen wie nach außen, d.h. sie verhindern mit Waffengewalt jeden Sezessionsversuch) waren für die Militärs demnach der zentrale Kern der frankistischen Staatsdoktrin, den es um jeden Preis zu bewahren galt! Sie setzten damit die alte Position des spanischen Faschismus fort, der in der Bekämpfung des katalanischen und baskischen Nationalismus das zentrale Element für die Konstitution der spanischen Nation sah und sieht. Genau diese Verfassungsartikel sind es, mit denen linke wie rechte Regierungen in Madrid ihre strikte Weigerung begründen, die katalanische Seite überhaupt als Verhandlungspartner anzuerkennen.

Ihre Forderungen sind verfassungswidrig und daher nicht verhandelbar, ja nicht einmal einem Kompromiss zugänglich. Der Rechtsstaat wird so zur Verhinderung einer politischen Auseinandersetzung missbraucht. Der Gesetzgeber versteckt sich hinter dem Gesetz.

Am 23. Februar 1981 fand in Spanien schließlich doch der Putschversuch statt, den man durch das Appeasement bei der Verfassung hatte verhindern wollen: der “23-F” (d.h. der “23. Februar”). Teile der Armee und der Guardia Civil versuchten, die demokratisch legitimierte Regierung mit Waffengewalt abzusetzen und die Regierungsgewalt über ganz Spanien zu erringen; Ziel der Putschisten war es, die Entwicklung Spaniens in Richtung eines pluralistischen demokratischen Rechtsstaats zu stoppen und erneut eine Militärdiktatur zu errichten. Die Panzerdivision “Maestrazgo” fuhr durch die Straßen Valencias und der

² Dieses und die folgenden Zitate übersetze ich aus den Zeitzeugenberichten, die in der katalanischen Fernsehsendung “Més enllà del consens” der Reihe “30 minuts” des Senders TV3 vom 07.12.2003 ausgestrahlt wurden (<http://www.tv3.cat/videos/1393229>).

Oberstleutnant der Guardia Civil Antonio Tejero betrat mit 200 schwer bewaffneten Zivilgardisten das spanische Parlament, ließ mit Maschinenpistolen in die Decke schießen und befahl den gewählten Parlamentariern, sich auf den Boden zu legen.

Nach dem Scheitern des Putschversuchs wurde Tejero 1982 wegen *rebelión* zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt, von denen er knapp 14 Jahre tatsächlich abzusitzen hatte; General Milans del Bosch, der Valencia gewaltsam besetzt hatte, wurde ebenfalls zu 30 Jahren verurteilt, von denen er aufgrund einer Begnadigung effektiv 8 Jahre im Gefängnis verbrachte. Es drängt sich der Eindruck auf, dass man in ihnen letztlich fehlgeleitete Patrioten sah, die ihre Strafe zwar formal verdienten – aber offenbar auch erhebliche Milde. Auf eine solche Milde dürfen die katalanischen Politiker nicht hoffen, die derzeit genau derselben Vergehen beschuldigt werden.

Die symbolische Unabhängigkeitserklärung Präsident Puigdemonts: Ein Putsch ähnlich dem der Militärs im Jahre 1981?

Am 10. Oktober 2017 hielt Präsident Puigdemont in Barcelona eine Rede, in deren Verlauf er das Resultat der Volksabstimmung zur Unabhängigkeit Kataloniens bekannt gab und danach symbolisch das tat, wofür er zum Präsidenten gewählt worden war und wozu ihm nun auch die Volksbefragung ein Mandat verlieh: Die symbolische Unabhängigkeitserklärung Kataloniens. Symbolisch war sie offensichtlich, weil keine Vorkehrungen getroffen worden waren, sie im Sinne eines Putsches durch bewaffnete Übernahme neuralgischer Kontrollpunkte wie Flughäfen, Bahnhöfe, Kraftwerke etc. zu erzwingen. Vielmehr verknüpfte Präsident Puigdemont seine Erklärung mit einer erneuten Einladung zu einem Dialog oder einer internationalen Schlichtung – die von spanischer Seite wieder ungehört verhallte. In einem umfassend mediatisierten Prozess werden zur Zeit die verantwortlichen katalanischen Politiker und Aktivisten mit dem Vorwurf konfrontiert, genau denselben Straftatbestand realisiert zu haben, wie seinerzeit die Militärs beim Putsch des 23. Februars 1981. Carles Puigdemont befindet sich indes im belgischen Exil.

Die Rede, die Präsident Puigdemont am 10. Oktober 2017 hielt, ist im politischen Lärm jener Tage weitgehend untergegangen. Das ist bedauerlich, denn sie beschreibt konzis und nachvollziehbar die Motive und Ziele der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung. Die Tatsache, dass es eine Rede in katalanischer Sprache war, aber auch die Verunglimpfung Puigdemonts als politischer Hasardeur, Nationalist und Putschist, hat wohl den Eindruck erweckt, dass es nicht relevant sein konnte, was dort gesagt wurde. Vielleicht sollten wir ihm aber doch einmal zuhören:

“Seit dem Tod des Militärdiktators Francisco Franco haben Katalanen wie alle anderen zur Festigung der spanischen Demokratie beigetragen. Katalonien war nicht nur der wirtschaftliche Motor Spaniens, sondern auch ein Faktor der Modernisierung und Stabilität. Katalonien sah in der spanischen Verfassung von 1978 einen Ausgangspunkt, um seine Selbstverwaltung und seinen wirtschaftlichen Fortschritt zu befördern. Katalonien war nach vierzig Jahren der Isolation und Autarkie maßgeblich an der Rückkehr Spaniens zu europäischen und internationalen Institutionen beteiligt. Im Laufe der Jahre zeigte es sich jedoch, dass der neue institutionelle Rahmen, der aus der Übergangsphase von der Diktatur zur Demokratie entstanden war, in Katalonien vor allem als Ausgangspunkt gesehen wurde, von dem aus die Demokratie und Selbstverwaltung sich weiterentwickeln sollten; die hegemonialen Eliten des Staats allerdings sahen darin keinen Ausgangspunkt, sondern vielmehr einen Zielpunkt. Im Laufe der Jahre hörte das System nicht nur auf, sich in die von den Menschen in Katalonien gewünschte Richtung zu entwickeln, sondern es begann sogar, das Erreichte wieder zurückzudrängen. Als Reaktion auf diese Feststellung billigte im Jahr 2005 eine große Mehrheit von 88% [...] dieses Parlaments unter Beachtung sämtlicher in der Verfassung festgelegten Verfahren einen [...] Vorschlag für ein neues

Autonomiestatut und schickte es an das spanische Abgeordnetenhaus. Der katalanische Vorschlag löste in Spanien eine wahre Hasskampagne gegen alles Katalanische aus, die in verantwortungsloser Weise von denjenigen angefangen wurde, die Spanien um jeden Preis regieren wollten.

Der Text des Autonomiestatus, der 2006 schließlich durch eine Volksabstimmung legitimiert werden sollte, wich bereits erheblich von dem ursprünglichen Vorschlag des katalanischen Parlaments ab, doch wurde er von den Wählern des Referendums dennoch verabschiedet. Die Wahlbeteiligung betrug 47% der Wahlberechtigten, von denen 1.899.897 mit Ja votierten. [...] Diese ersten Beschneidungen des ursprünglichen Texts genügten dem spanischen Staat allerdings nicht. Im Jahr 2010, vier Jahre nach Inkrafttreten des verwässerten Statuts, sprach ein Verfassungsgericht, bestehend aus Richtern, die von den beiden großen spanischen Parteien PSOE und PP bestimmt worden waren, ein beschämendes Urteil, das unser Autonomiestatut zum zweiten Mal in zentralen Teilen für verfassungswidrig erklärte, obgleich es längst von den Bürgern in einem Referendum bestätigt worden war.

Vergessen wir nicht: Obwohl bei der Verabschiedung des neuen Statuts alle von der spanischen Verfassung vorgesehenen Verfahrensregeln beachtet worden waren, obwohl 88% des katalanischen Parlaments dafür gestimmt hatten und trotz einer überwältigenden Annahme in einer legalen und mit Madrid abgestimmten Volksabstimmung, sorgten die Änderungen durch das Madrider Abgeordnetenhaus und das Verfassungsgericht dafür, dass der ursprüngliche katalanische Textentwurf nun bis zur Unkenntlichkeit verändert worden war. Und vergessen wir auch nicht: Dieser zweifach verstümmelte Text ist heute geltendes Recht. So endete also der letzte Versuch Kataloniens, seinen rechtlichen und politischen Status auf verfassungskonforme Weise zu verbessern: in einer Demütigung.

Dabei geschah allerdings etwas sehr Wichtiges: Parallel zur absoluten Mehrheit der Unabhängigkeitsbefürworter im katalanischen Parlament entstand ein breiter und parteienübergreifender Konsens darüber, dass die Zukunft Kataloniens in jedem Fall von der katalanischen Bevölkerung selbst in einem friedlichen und demokratischen Referendum bestimmt werden sollte. In der neuesten Umfrage zu diesem Thema – von einer Madrider Zeitung, nicht von einer hiesigen erstellt – äußern sich 82% der Katalanen in diesem Sinne. Um ein solches Referendum zu ermöglichen, haben die katalanischen Institutionen und die Zivilgesellschaft in den letzten Jahren zahlreiche Initiativen gegenüber der spanischen Regierung und den spanischen Institutionen organisiert. Wir können belegen: Volle achtzehn Mal haben wir in allen denkbaren Formen versucht, einen Dialog über ein einvernehmliches Referendum anzustoßen, wie es in Schottland am 18. September 2014 abgehalten wurde. Ein Referendum mit einem konkreten Datum und einer Frage, die zwischen beiden Seiten abgestimmt worden war, so dass Befürworter wie Gegner einer Unabhängigkeit die Gelegenheit gehabt hätten, ihre Argumente im Rahmen regulärer Wahlkampagnen zu verbreiten. Ein Referendum, bei dem beide Seiten sich verpflichtet hätten, das Ergebnis zu respektieren und in Folgeverhandlungen die Interessen beider Seiten angemessen zu berücksichtigen. Wenn dies in einer der ältesten, gefestigtesten und vorbildlichsten Demokratien der Welt wie dem Vereinigten Königreich möglich sein sollte – warum dann nicht auch in Spanien?

Die Reaktion auf all diese Initiativen war eine Ablehnung rundheraus, verbunden mit einer polizeilichen und gerichtlichen Verfolgung der katalanischen Regierung. Der ehemalige Präsident Artur Mas, die ehemaligen Ministerinnen Irene Rigau und Joana Ortega, sowie der ehemalige Minister des Präsidialamts Francesc Homs wurden wegen ihrer Unterstützung einer nicht-bindenden und nur orientierenden Volksbefragung 9. November 2014 ihrer Ämter enthoben. Damit nicht genug: Sie wurden auch noch willkürlich und unverhältnismäßig bestraft. Innerhalb einer gesetzten Frist müssen sie nun über fünf Millionen Euro beim spanischen Rechnungshof hinterlegen, andernfalls wird ihr gesamtes persönliches Vermögen einschließlich dem ihrer Familien beschlagnahmt [...]

Dies war die Antwort des spanischen Staates auf die katalanischen Forderungen, die stets friedlich und durch demokratisch erzielte Mehrheiten zum Ausdruck gekommen waren. Die Menschen in Katalonien fordern seit Jahren die Freiheit, über ihre Zukunft zu entscheiden. Es ist ganz einfach. Dennoch haben wir dazu nirgends Ansprechpartner gefunden, weder in der Vergangenheit, noch jetzt. Es gibt keine staatliche Institution, die bereit wäre, über die durch demokratische Mehrheiten legitimierten Forderungen dieses Parlaments und der katalanischen Gesellschaft mit uns zu sprechen. Die letzte Hoffnung, die uns noch geblieben war, bestand darin, dass der König die Schlichtungs- und Moderationsrolle übernehmen würde, die die Verfassung ihm zuweist; doch seine Rede von letzter Woche hat die schlimmsten Befürchtungen bestätigt. [...]

Meine Damen und Herren, mit den Ergebnissen des Referendums vom 1. Oktober hat Katalonien sich das Recht erworben, ein unabhängiger Staat zu werden, und angehört und respektiert zu werden. Das Ja zur Unabhängigkeit erhielt zunächst bei den katalanischen Parlamentswahlen eine absolute Mehrheit; zwei Jahre später wurde es durch ein Referendum bestätigt. Die Wahlurnen, die einzige Sprache, die wir verstehen, fordern die Unabhängigkeit. Und dies ist der Weg, den ich zu

beschreiten habe. [...] Der 1. Oktober teilt die katalanische Geschichte in ein Davor und ein Danach, und wir haben erreicht, wozu wir uns zu Beginn der Wahl verpflichtet hatten. In diesem historischen Moment, indem ich Ihnen vor dem Parlament und als Präsident der Generalitat das Ergebnis des Referendums bekanntgebe, nehme ich das so erteilte Mandat für das politische Projekt an, Katalonien zu einem unabhängigen Staat in Form einer Republik zu erklären” (Carles Puigdemont, Auszüge aus seiner Rede vor dem katalanischen Parlament am 10. Oktober 2017).

Schlussfolgerung

Spanien ist kein Unrechtsstaat. Und die katalanische Nation braucht nicht notwendigerweise einen eigenen Staat. Derzeit ist aber vor allem die populistische Wut Restspaniens angesichts des *desafío catalán* – also der katalanischen Provokation – der Grund, weshalb dieser über hundertjährige Konflikt weiterhin nicht mit den Mitteln einer parlamentarischen Demokratie beigelegt werden kann. Der spanische Nationalismus fühlt sich durch die katalanische Unabhängigkeitsforderung gekränkt und provoziert; jeder Politiker, der auch nur die geringsten Konzessionen an Katalonien in Aussicht stellt, kann derzeit vor der spanischen Wählerschaft nicht bestehen. Als die spanische Guardia Civil 2017 aus allen Landesteilen aufbrach, um die vom Verfassungsgericht illegalisierte nicht-bindende Volksbefragung in Katalonien gegebenenfalls niederzuknüppeln, wurde sie in vielen Heimatorten von der Bevölkerung mit dem Ruf *¡A por ellos!* verabschiedet. Das ist schwer zu übersetzen, heißt aber soviel wie “auf sie mit Gebrüll!”, “immer feste druff!” oder auch “haut se, haut se, immer auf die Schnauze!”. Diese Bürger verlangen von Katalonien nichts weniger als das kommentarlose kulturelle, sprachliche und politische Aufgehen in der spanischen Staatsnation kasitlicher Prägung. Dass die Lösung des Problems irgendwann einmal so aussehen könnte, erscheint indes mehr als unwahrscheinlich.